

AUSLAND

Gromyko sprach englisch

Und Baruch siegte „moralisch“

Mit 10 zu 0 Stimmen nahm der Atomenergie-Ausschuß in New York den USA-Plan für internationale Atomkontrolle an. Rußland und Polen enthielten sich der Stimme.

In der Schlußsitzung fing der Vertreter Rußlands, Andrei Gromyko, plötzlich an, englisch zu sprechen. Er bediente sich nicht nur dieser für ihn ungewohnten Sprache. Er versuchte auch wiederholt, den Vertreter der USA, den 76jährigen Bernard Baruch, direkt anzuschauen und ihn gleichsam unmittelbar anzusprechen. Trotzdem blieben die russischen Einwendungen unberücksichtigt.

Baruch ist der Vater des auch nach ihm benannten Fünf-Punkte-Plans. Nach ihm soll eine internationale Kontrollbehörde errichtet werden, deren Aufgabe es ist, die ausschließliche Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke sicherzustellen.

Umstritten blieb bis zum Schluß eigentlich nur der zweite Punkt. Kein Staat, heißt es in ihm, soll das Recht haben, durch ein Veto die Durchführung der Kontrolle zu behindern.

Dieser Vorschlag, sagte Gromyko, verstoße gegen die Grundsätze der Vereinten Nationen. Trotz dieses Vorbehaltes habe Rußland nichts dagegen einzuwenden, den Plan Punkt für Punkt durchzugehen.

Obwohl er direkt angesprochen wurde, enthielt sich Baruch in der Sitzung jeder Äußerung. Erst später, als sein Plan angenommen und damit an den Sicherheitsrat weitergeleitet war, sprach er von „einem moralischen Sieg“.

Vielleicht war es dieser Erfolg am vorletzten Tage des alten Jahres, der den Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, zu einem hoffnungsfreudigen Ausblick auf 1947 veranlaßte. Vielleicht aber hatte es ihn auch nur erfreut, daß Brasilien als erste und bisher einzige Nation schon den vollen Jahresbeitrag zur UNO in Höhe von 1 250 887 Dollar für 1946 und 1947 eingezahlt hat.

Trygve Lie sieht keinen Grund, daß bei den Friedensvertragsverhandlungen mit Deutschland und Japan größere Mei-

nungsverschiedenheiten hervortreten könnten, als bei den Verhandlungen über die Verträge mit den Mitläufer-Staaten.

Lies Zuversicht wird sich bald bewahrheiten müssen. Am 10. Januar treten die Stellvertreter der Außenminister in London zusammen. Vertreter des englischen Außenministers Bevin wird Sir William Strang sein. Dieser 54jährige Schotte führte im Sommer 1939 die englische Delegation, die sich damals vergeblich um einen Vertragsabschluß in Moskau bemühte.

Bis zum 25. Februar sollen die Vertreter der Außenminister ihren Bericht fertiggestellt haben. Daß sie schon einen Vertragsentwurf ausarbeiten werden, erwartet niemand.

Wiener Werben

Aber nur im Rahmen der UNO

Österreichs Außenpolitik ist aktiv. Der Minister des Aeußeren, Dr. Gruber, ist ein eifriger diplomatischer Reisender seines Landes. Mit Dr. Kleinwächter in Washington und Norbert Bischoff in Moskau hat er zwei wichtige Gesandtenposten neu besetzt.

Von den demnächst stattfindenden Besprechungen der Außenminister-Stellvertreter in London erhofft Oesterreich die Erfüllung folgender Punkte: volle politische und wirtschaftliche Souveränität; Anerkennung des österreichischen Eigentums auch in den Nachbarländern; ein österreichisches Heer von 30 000 Mann; die Grenzen von 1937; Festlegung der Rückforderungsansprüche Oesterreichs an Deutschland im Staatsvertrag; Anhören der österreichischen Vertreter bei Abfassung des Vertrages.

Die inneren Verhältnisse des Landes leiden, wie die Regierung Dr. Figl bei jeder Gelegenheit betont, unter der Vierzonenaufteilung. Vier Besatzungsmächte sind für den kleinen Staat eine schwere Last. Um so mehr bemüht sich Wien, die politische Verbindung mit der Außenwelt herzustellen. Es wird in diesem Bestreben vor allem von den USA und Großbritannien unterstützt.

Die Erklärung der Vereinigten Staaten spricht in diesem Sinne: „Oesterreich wird als befreites Land und nicht als ehemaliger Feindstaat betrachtet. Als befreitem Land werden die Vereinigten Staaten Oesterreich alle jene gesetzlichen,

verwaltungstechnischen und anderen Gegebenheiten zukommen lassen, die den befreiten Gebieten zugesichert worden sind.“

Ebenso tritt Großbritannien für den Grundsatz der österreichischen Unabhängigkeit ein. Oesterreich selbst wünscht „Isolierung“. Bundespräsident Dr. Karl Renner hat den Plan eines katholischen süddeutschen Staatenbundes unter österreichischer Führung abgelehnt. Er erklärte, daß Oesterreich ohne feste Bindungen zu der gleichen Neutralität gelangen wolle, wie die Schweiz sie besitze. Die österreichische Außenpolitik soll nur im Rahmen der UNO geführt werden.

Hierzu sagt Dr. Renner: „Wir haben auswärtige politische Kombinationen außer der einen unseres unmittelbaren raschen Anschlusses an die UNO gar nicht in Erwägung gezogen. Wir werden niemals in eine Kombination irgendwelcher Art eintreten, außer nach dem Wunsch oder mit Billigung der UNO. Wenn ich von unmittelbarer Unterordnung unter die UNO spreche, so geschieht dies aus der Ueberzeugung, daß Blockbildung jeglicher Art kaum als Instrument des Friedens betrachtet werden kann. Selbst dann nicht, wenn sie sich zunächst auf Freundschaft bezieht oder auf nähere nationale Verwandtschaft stützt.“

Blum hat keine rosigen Zeiten

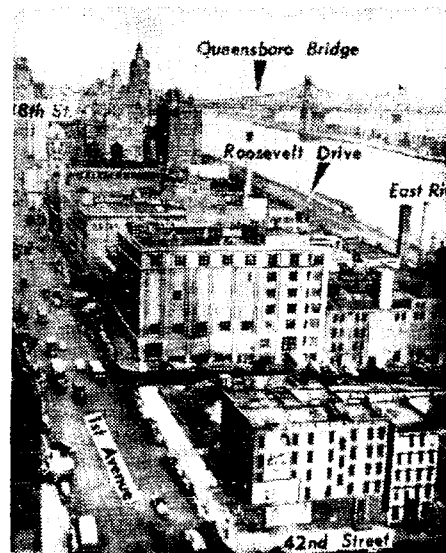
Frankreich zwischen den Bilanzen

In der von Ministerpräsident Leon Blum vor der französischen Nationalversammlung abgegebenen Regierungserklärung finden sich auch einige Hinweise auf die künftig zu verfolgende Deutschlandpolitik der neuen Regierung.

Die französischen Sozialisten haben wiederholt erklärt, daß sie gegen jedwede territoriale Abtrennung von Rhein und Ruhr sind, und daß es ihnen einzig und allein darauf ankommt, ein Wiedererstehen der Kriegsindustrie in diesen Zonen zu verhindern. Diesen Standpunkt haben die französischen Sozialisten nicht verlassen. Er kommt auch in der Regierungserklärung des sozialistischen Kabinetts klar zum Ausdruck. Was andererseits die Reparationen angeht, so verfolgen die Sozialisten mit der gleichen Energie wie die anderen Parteien des



Platz für die UNO — der amerikanische Millionär John D. Rockefeller jr. bot der UNO ein Gelände im New Yorker Stadtteil Manhattan zum Geschenk an, wenn sie dort ihren ständigen Sitz errichten würde. Das Grundstück hat einen Wert von 8,5 Millionen Dollar. Die UNO nahm das Geschenk an. — Dr. Eduardo Zuleta, Kolumbien, der Vorsitzende des „Komitees für den ständigen Sitz der UNO“, wischt sich nach der entscheidenden Sitzung den Schweiß vom Gesicht. Mit ihm freut sich der USA-Senator Warren R. Austin, der für den Antrag Rockefellers stimmte





Nur als Uebergang wird das Kabinett Blum in Frankreich betrachtet. Während einer Beratung (von links nach rechts): Felix Gouin, Guy Mollet und Léon Blum

Landes den Rechtsanspruch Frankreichs auf angemessene Wiedergutmachung.

Sie erwarten auch, daß die Ruhrkohlenlieferungen, die für die französische Wirtschaft schon vor dem Kriege von großer Bedeutung waren, mit größerer Intensität fortgeführt werden. Der Sprecher der Kommunisten, Jaques Duclos, und der Wortführer der Republikanischen Volksbewegung, Robert Lecourt, kamen ebenfalls auf die Deutschlandfrage zu sprechen. Duclos unterstrich bei dieser Gelegenheit, daß die französischen Interessen energisch vertreten werden müßten. Die Internationalisierung des Ruhrgebiets, d. h. seine Stellung unter interalliierte Kontrolle, müsse unter allen Umständen verwirklicht werden. Robert Lecourt betonte die Notwendigkeit einer Kontinuität der französischen Deutschlandpolitik. Die von den drei vorangegangenen Regierungen gefaßten Beschlüsse müßten in jedem Falle berücksichtigt werden.

Da es sich bei der gegenwärtigen Regierung nur um ein Uebergangskabinett handelt, das voraussichtlich nur vier bis fünf Wochen im Amt bleiben wird, werden die entscheidenden Besprechungen über die Deutschlandfrage jedoch erst im März in Moskau beginnen. Es ist kaum anzunehmen, daß der gegenwärtige Wechsel in der Leitung des Quai d'Orsay hierauf einen irgendwie entscheidenden Einfluß ausüben wird. Die gegenwärtige Regierung dürfte sich auf die nächstliegenden Probleme, insbesondere auf die Lösung der dringenden Preis- und Währungsfrage sowie auf die Beilegung des Konfliktes in Indochina beschränken.

Die Regierung scheint nicht die Absicht zu haben, eine Abwertung des Franken oder einen neuen Umtausch der Banknoten vorzunehmen. Es handelt sich zur Zeit vor allem darum, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen. Nach Schätzungen beziffern sich die Ausgaben für 1947 auf 655 Milliarden Franken, denen Einnahmen von nur 500 Milliarden Franken gegenüberstehen. Es müssen also 155 Milliarden Franken gefunden werden, um das Loch im Budget zu stopfen. Minister André Philipp hat die Absicht, die Militärkredite, die sich zur Zeit auf 180 bis 200 Milliarden Franken beziffern, auf annähernd die Hälfte zu reduzieren. Außerdem sollen die wirtschaftlichen Subventionen des Staates, mit Ausnahme für

Milch, sämtlich aufgehoben werden. Das würde eine weitere Einsparung von ca. 70 bis 80 Milliarden Franken bedeuten. Allerdings würde die Aufhebung der Subventionen eine neue Welle von Preiserhöhungen zur Folge haben.

Die dänische Lockung

Südschleswig - ein Prüfstein

Seit einigen Wochen läßt sich in der dänischen Haltung zur Südschleswig-Frage ein sichtbarer Wandel feststellen. Anfangs ging die Bestrebung zur Angliederung Südschleswigs von den dort lebenden dänischen Minderheiten aus. Die dänische Regierung verhielt sich abwartend, und die sozialdemokratische Regierungspartei in Kopenhagen lehnte eine eventuelle Angliederung entschieden ab.

Nach dem für alle Teile überraschenden Wahlerfolg der dänischen Minderheiten ergab sich jedoch ein neues Bild. Die dänische Regierung änderte ihr Verhalten, da nun eine Gebietserweiterung in greifbare Nähe gerückt ist. Gustav Rasmussen, der dänische Außenminister, erklärte, daß man bei der künftigen Wahl alle in Südschleswig lebenden Flüchtlinge aus anderen Teilen Deutschlands erfassen und vom Wahlrecht ausschließen soll.

London hat den Dänen seine Zusicherung gegeben, daß dänische Abgeordnete die Ansicht ihres Landes bei den deutschen Friedensverhandlungen vertreten sollen. Dänemark stellt seinen Gebietsanspruch auf Grund alter Verträge und der freiwilligen Entscheidung der Südschleswiger.

Im östlichen Vorort Kopenhagens, auf der Insel Amager, befindet sich ein deutsches Flüchtlingslager. Nacht für Nacht leuchtet den nun bald nach Deutschland Zurückkehrenden der Lichtschein von zwei glücklichen Ländern: hie Dänemark, und dort über das Meer sendet das Feuer von Malmö einen Gruß aus Schweden.

Bohrer am Mont Blanc

Der längste Tunnel der Welt

Der längste Verkehrstunnel der Welt ist im Entstehen. Er soll unterhalb des Mont Blanc die französisch-italienische Grenze kreuzend verlaufen

Der Tunnel wird die Autostrecke Paris—Rom um 107 Meilen verkürzen. Er liegt auf

der Verbindungslinie Paris—Genf—Turin. Von italienischer Seite gestattet er einen schnellen Zutritt zu der Schweiz durch drei Straßen, die nach Genf, Martigny und Vevey führen. Den Touristen, die von Frankreich kommen, wird er eine angenehme Wegverkürzung bedeuten.

Bis zum Frühjahr 1950 soll er fertiggestellt sein und dem Verkehr übergeben werden. Ein außerordentlich großer Aufwand an Arbeitskraft und Material ist für dieses Riesenunternehmen notwendig.

Die Arbeit ist schon in Angriff genommen. Mit Sprengstoffen, Picken und Schaufeln bewaffnet haben sich Hunderte von Männern daran gemacht, die festen Felsmassen des höchsten Berges von Europa zu durchbohren. Bei besten Leistungen können im Höchstfall 14 Meter täglich gewonnen werden.

Der Mont-Blanc-Tunnel wird acht Meilen lang und 40 Fuß breit werden. Modernste Einrichtungen für Beleuchtung und Belüftung sind vorgesehen.

Auch die geschäftliche Seite des Unternehmens ist in Erwägung gezogen. Der Bau wird drei Milliarden Lire Kosten fordern. Nach Schätzungen wird damit gerechnet, daß 200 000 Personen jährlich über den neuen Verkehrsweg die Grenze passieren werden.

Man will einen Zoll von fünf Schweizer Franken erheben.

Ras Mar Jacob - honigsüß

Fünf Jahre für den Naziabessinier

Während der Nazizeit war der abessinische Ras Mar Jacob ein großer Mann. Heute steht er in Paris vor Gericht und spielt eine klägliche Rolle.

Er ist der Sohn eines deutschen Missionars und einer äthiopischen Prinzessin, die mit dem Kaiser Menelik verwandt war. In Abessinien gehört ihm ein Gebiet von 420 000 ha. Er spricht neun Sprachen und hat die ganze Welt bereist. Seine Töchter ließ er als Tänzerinnen ausbilden und spielte selbst den Manager für sie.

Bei den Nazis war Ras Mar Jacob sehr beliebt. In zahlreichen internationalen Zeitschriften schrieb er Artikel für die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien. Bei Kriegsausbruch wurde er im Besitze eines deutschen Reisepasses in Frankreich interniert.

Nach der Besetzung Frankreichs durch die deutschen Truppen forderten seine mächtigen Freunde seine sofortige Freilassung. Sie betrauten ihn mit der Leitung der exotischen Sendungen des französischen Rundfunks. In dieser Eigenschaft startete er Hetzsendungen gegen General de Gaulle und die Alliierten. Seine treuen Dienste ließ er sich von den Deutschen gut bezahlen.

Bei der Gerichtsverhandlung stellte sich aber heraus, daß er die Deutschen gar nicht leiden mag. Er sagte, daß er die Nazis nicht liebe, weil sie seine Tochter sterilisieren wollten. Trotz zahlreicher Beweise, die dafür vorlagen, bestritt er konsequent seine Tätigkeit am Rundfunk. Bescheiden wies er auf seine Verwandtschaft mit dem jetzigen abessinischen Kaiser hin. Nebenbei erwähnte er noch, daß sein Vorname Mar soviel wie Honig heißt.

Vielleicht die Tatsache, daß er Ausländer ist, vielleicht auch seine honigsüßen Redensarten haben das Gericht zur Milde gestimmt. Allzu gefährliche Handlungen waren ihm auch nicht nachzuweisen. Der Naziabessinier kam mit einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren davon. Der Staatsanwalt hatte 20 Jahre beantragt.